

## Länderbericht DR Kongo

### Sicherheitslage & Sicherheitssektorreform

Zwei Jahre nach der Niederlage der M23 und den hoffnungsvollen Verhandlungen in Addis Abeba ist ein erneuter Anstieg der Gewalt besonders im Osten des Landes zu verzeichnen. Im Vergleich zum Jahr 2014 hat sich die Sicherheitslage in den beiden Kivu-Regionen verschlechtert. In den beiden Kivu-Provinzen sind ca. 50 000 FARDC Soldaten stationiert. Das Konzept der Implementierung von sogenannten Stabilitätsinseln durch die UN-Blauhelmission MONUSCO hat sich längerfristig nicht bewährt. Aufgrund von personellen Umstrukturierungen und einer nicht konstanten Präsenz weder der UN-Blauhelme noch der kongolesischen Armee FARDC ist bspw. die Region um Rutshuru im Nordkivu erneut zu sehr unsicherem Gebiet geworden. Bataillone der FARDC, welche vor allem dieses Gebiet gesichert haben, wurden für Auslandseinsätze abgezogen und durch ein weniger gut ausgebildetes und personell geringer ausgestattetes Bataillon ersetzt. Der Abzug von Truppen in den Grenzregionen führt zu einer weiteren Destabilisierung der Region.

Die militärischen Missionen Sokola I & II der FARDC - erstere gegen die ADF/Nalu-Milizen und letztere gegen die FDLR-Miliz - haben die beiden Rebellengruppen nicht zur Kapitulation bewegt. Zwar kam es zur Festnahme von ca. 250 FDLR-Milizen und einer Verkleinerung der ADF/NALU-Truppen, jedoch nicht zu deren Auflösung. Die ADF/NALU ist weiterhin im Goldhandel- und Schmuggel involviert, die FDLR mischt in kleinere Fraktionen zersplittert u.a. im Cannabis- und Holzkohlehandel mit. Mit Beginn der militärischen Aktionen gegen die FDLR ist das Verhältnis zwischen der MONUSCO und der kongolesischen Regierung an einem Tiefpunkt angelangt. Aufgrund der Ernennung zweier kongolesischer Generäle, die sich wegen Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, zum leitenden Stab der Militäraktion, hat die MONUSCO jede Zusammenarbeit aufgekündigt. Stimmen aus der Zivilgesellschaft sind sich einig, dass die Frage der FDLR militärisch nicht gelöst werden kann.

Besorgniserregend sind auch die vermehrt gewaltvollen Übergriffe der Raia Mutomboki-Miliz im Südkivu und die ansteigende tägliche Gefahr des Kidnapping in beiden Kivu-Regionen. Diese Form der Kleinkriminalität hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Entführungen mit Lösegeldforderungen haben sich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Teilweise werden sie von Einzelpersonen, teilweise von Milizen wie der FDLR ausgeübt. Im Kontext fehlender Sicherheitsstrukturen und eines korrupten Polizeiapparates, u.a. aufgrund fehlender Bezahlung der Beamten, blüht dieses Geschäft auf. Ein Anstieg der Fälle von Kidnapping ist zudem seit dem Beginn der Militäraktion gegen die FDLR zu verzeichnen. Folglich hat eine Vertreibung aus ihren Gebieten, eine neue Form der Übergriffe auf die Bevölkerung verursacht.

Seit Oktober 2014 dauern die brutalen Übergriffe und Massaker an der Bevölkerung um die Stadt Beni an. In dieser Gegend sind so genannte „tote Dörfer“ zu finden, da deren Bevölkerung aufgrund der Übergriffe geflohen ist. Die Region beklagt bisher über 500 Tote. Die Si-

cherheitsstrukturen haben eindeutig versagt. Trotz der Stationierung von rund 10 000 FARDC-Soldaten und Einheiten der MONUSCO werden fast täglich Zivilisten getötet. Hauptverantwortlich sind laut offiziellen Quellen die aus Uganda stammenden Miliz ADF/Nalu. Da die Region um Beni eine Hochburg der Opposition ist, ist die Annahme einer politischen Absicht seitens der Verantwortlichen in Kinshasa nicht abwegig, die Region gewollt zu destabilisieren und für Unruhe zu sorgen. Der Verdacht der Komplizenschaft mit der FARDC bei den Massakern wurde bislang nicht untersucht und der dringenden Bitte der Entsendung integrierter FARDC-Truppen nach Beni nicht Folge geleistet.

Ein neues Phänomen in den Kivu-Provinzen sind auch die verstärkten Entführungen, zum Teil auch Rekrutierungen von Kindern aus muslimischen Familien. Es gibt Spekulationen über ein Sammellager in der Gegend um Beni. Verantwortlich sollen Milizen und Sympathisanten islamistischer Gruppierungen wie Al Shabab sein.

Weitere Indikatoren für die sich verschlechternde Situation sind die zunehmende Gewalt und bewaffneten Überfälle in bislang für sicher erachteten Städten wie Goma. Anfang Juni 2015 kam es zu schweren Schusswechseln in der Innenstadt und um den Flughafen von Goma. Daraufhin wurden ein Abgeordneter sowie 40 Personen festgenommen. Die Aufklärung der Vorfälle steht bislang aus.

Die MONUSCO ist mit der Situation überfordert und steht in der Kritik, ihrem Mandat zum Schutz der Bevölkerung nicht ausreichend nachzukommen. Kritik wird vor allem an der nicht ausreichenden zivilen Arbeit laut. Einen Abzug der MONUSCO bei der angespannten Sicherheitslage kann sich die Mehrheit allerdings nicht vorstellen. Die Gefahr einer noch größeren gewaltsamen Fragmentierung der Region wäre ein zu befürchtendes Szenario des Abzugs. Nicht nur die diplomatischen Beziehungen zwischen der MONUSCO und der Regierung in Kinshasa stehen momentan auf einem Stillstand. Mitte Februar 2015 bestellte Präsident Kabila neben dem MONUSCO-Leiter Martin Kobler auch 18 ausländische Botschafter in seinen Präsidentenpalast und warf ihnen vor, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Die politische und humanitäre Krise im Nachbarland Burundi wirkt sich auf die Kivu-Provinzen aus. Täglich erreichen burundische Flüchtlinge das Land und werden vor allem in der Region um Fizi untergebracht. Diese Region ist von Instabilität, kaum vorhandener Infrastruktur und ökonomischen Problemen geprägt. Der Flüchtlingsstrom von mehr als 12 000 Menschen kann für zukünftige Spannungen mit der ohnehin konfliktgeprägten Bevölkerung sorgen und stellt die bereits fragile Situation vor neue Herausforderungen. Die Bevölkerung befürchtet auch bewaffnete Milizen unter den Flüchtlingen. Es sollen sich militärische aufgerüstete FNL-Gruppen, eine ehemalige burundische Miliz und jetzige Oppositionspartei in Burundi, in der Grenzregion im Südkivu befinden. Es kam bereits zu einigen Feuergefechten an der Grenze zu Burundi. Im Südkivu bestehen große Spannungen, insbesondere zwischen den Babembe und Bafulero einerseits und den Banyamulenge andererseits. Es kommt regelmäßig zu Gewaltausbrüchen. Vor diesem Hintergrund haben sich bewaffnete Gruppen gebildet (Mai-Mai-Milizen, Banyamulenge-Milizen FRF), die ihre Existenz damit rechtfertigen, dass sie ihre jeweilige Interessengemeinschaft vor den anderen schützen müssen.

Spekulationen gibt es über eine mögliche Neugruppierung der ehemaligen M 23-Kämpfer. Einige Kombattanten sollen sich nach wie vor im Osten des Landes aufhalten. Da die Demo-

bilisierung der Miliz sowohl von Seiten der kongolesischen Verantwortlichen als auch der Nachbarstaaten nicht durchgeführt wird, besteht diese Gefahr weiterhin. Über 1 000 frustrierte Mitglieder der ehemaligen Miliz befinden sich seit über zwei Jahren in einem Lager im ugandischen Karamoja, eine der am schwächsten entwickelten Regionen Ugandas.

Zudem sollen im April und Mai dieses Jahres wiederholt ruandische Soldaten die Grenzen in die DR Kongo überschritten haben. Beobachter sehen darin ein mögliches Wiederaufleben des Konfliktes zwischen den beiden Ländern. Die angespannte Sicherheitslage in der Region und die schwierigen Beziehungen der Regierungen – besonders zwischen Ruanda und der DR Kongo- lässt die Umsetzung des Rahmenabkommen für Frieden und Stabilität, welches 2013 in Addis Abeba, unterzeichnet wurde, in weite Ferne rücken.

### Wahlzyklus 2015 / 2016

Am 12. Februar 2015 veröffentlichte die Wahlkommission CENI den Kalender für den Wahlzyklus 2015/2016. Der Versuch des Präsidenten Joseph Kabila, die Verfassung zu ändern, um die Mandatsbegrenzung aufzuheben, hat Anfang des Jahres zu schweren Unruhen in Kinshasa und anderen Städten des Landes geführt. Nach wie vor sorgt die Ungewissheit, ob der Präsident bei den Präsidentschaftswahlen am 27. November 2016 ein drittes Mal kandidieren wird, für große Unsicherheit in der Bevölkerung. Er genießt vor allem in den beiden Kivu-Regionen keine Popularität. Sollte er sich gegen die Verfassung stellen oder andere Wege einschlagen, um sich für eine dritte Amtszeit aufstellen zu lassen, sind Proteste und Ausschreitungen wahrscheinlich. Im Vorfeld der Wahlvorbereitung handelt die Regierung verstärkt autoritär. Viele Fälle von unrechtmäßigen Festnahmen, Auflösungen von friedlichen Versammlungen und Demonstrationen sowie eine verstärkte Zensur der (sozialen) Medien sind alarmierend.

Ähnlich wie in Burundi steht hinter dem Präsidenten eine einflussreiche Machtclique, die ihn weiterhin an der Macht halten möchte. Dazu zählen u.a. Evariste Boshab, Vize-Premierminister und Innenminister und Kalev Mutond, Chef des Geheimdienstes ANC.

Die Wahlen stellen das Land vor vielfältige Herausforderungen. Die Fragen der Logistik, Finanzierung und Aktualisierung der Wählerlisten sind noch nicht beantwortet. Zusätzlich zu diesen Hürden verkündete die kongolesische Regierung im März 2015 die Aufteilung der bislang 11 Provinzen in 26. Diese Mammutaufgabe soll Ende Juli mit den Wahlen der neuen Gouverneure angegangen werden. Auch liegen bereits die Kandidatenlisten für die vorhergesehenen Lokalwahlen am 25.10.2015 vor, allerdings wird befürchtet, dass sich der gesamte Wahlzyklus auf unbestimmte Zeit verschiebt. Die Mobilisierung neuer Rebellengruppen und die angespannte Situation v.a. im Osten des Landes könnte die Regierung als Anlass nehmen, den Wahlkalender auf ungewisse Zeit zu verschieben, mit der Begründung der ‚Gefahr für die Staatssicherheit‘. Möglich ist auch, dass zwar die Lokalwahlen im Oktober 2015 stattfinden, diese aber als Anlass genommen werden, den gesamten folgenden Wahlprozess – insbesondere die Präsidentschaftswahl - mit der Begründung der nicht mehr vorhandenen Finanzierung zu verschieben.

Der ehemalige Gouverneur Katangas, Moïse Katumbi, wäre ein möglicher erfolgversprechender Kandidat und ernsthafter Konkurrent für die Präsidentschaftswahl 2016, da er neben seiner Popularität auch über die ausreichenden finanziellen Mittel verfügt, um einen Wahlkampf durchzuführen. Wahlkämpfe in der DR Kongo sind teuer, denn es ist nicht nur

die Aufstellungssumme von 17.000 US\$ aufzubringen, sondern auch die Organisation und Logistik der Durchführung des Wahlkampfes in dem flächenmäßig großem Land zu organisieren und zu finanzieren. Dem Vorsitzenden der Oppositionspartei UNC, Vital Kamerhe, werden hingegen geringe reele Chancen prognostiziert. Er genießt zwar eine große Popularität in den Kivu-Provinzen, darüber hinaus schwindet sein Rückhalt jedoch und er verfügt überdies nicht über ausreichende finanzielle Ressourcen.

### Zivilgesellschaft

Mit Beginn des Wahlkampfes ist die Instrumentalisierung einzelner ethnischer Gruppen durch politische Akteure mit großer Sorge zu tragen. Folglich ist ein Anstieg der gewaltvollen Konflikte zwischen einzelnen Gruppen zu verzeichnen. Die Frage nach Land, Identität und Macht ist zentral im Osten der DR Kongo, ebenso die starken Eigeninteressen von Machthabern und Verflechtungen von persönlichen Beziehungen. Problematisch ist zudem die Rekrutierung von arbeitslosen und desillusionierten Jugendlichen durch Milizen und weitere bewaffnete Gruppen. Die Jugendlichen werden mit Versprechungen auf eine bessere finanzielle Lebenssituation gelockt. Die oftmals vorherrschende Perspektivlosigkeit, kaum vorhandene Arbeitsplätze und wirtschaftliche Marginalisierung bieten einen Nährboden für bewaffnete Gruppen.

In diesem Umfeld ist besonders die konfliktpräventive, friedensfördernde und einkommensschaffende Arbeit von nichtstaatlichen Akteuren zu nennen. Vor allem lokale NGOs und kirchliche Strukturen übernehmen originär staatliche Aufgaben, sowohl im Bildungs- und Gesundheitssektor als auch im wichtigen Sektor der Versöhnungs- und Friedensarbeit. In umfassenden Programmen werden ehemalige Kindersoldaten und Straßenkinder integriert, Ausbildungen finanziert, Materialien für die handwerklichen Berufe bereitgestellt sowie Selbsthilfegruppen organisiert und medizinische Versorgung gestellt.

Ein relativ junges Phänomen ist das Erstarken von jungen Demokratiebewegungen wie Filimbi und La Lucha. Während Filimbi hauptsächlich eine Bewegung von Kindern politischer Machthaber ist, gründete sich im Universitätsbereich Gomas im Jahr 2012 die Jugendorganisation La Lucha. Zu ihren Mitgliedern zählen Studenten, Universitätsangehörige, NGO-Mitarbeiter und zivile Akteure. Sie verstehen sich als politisch neutral und lehnen eine Vereinnahmung durch die Opposition ab. Ihre Ziele sind die politische Teilhabe und Gleichberechtigung, ihre Leitlinien die Respektierung der Gesetze und die Gewaltfreiheit. Mit Mitteln des friedlichen Protests wie Sit-ins und Demonstrationen machen sie auf politische Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten aufmerksam. In Goma zählen sie mehr als 1 500 Unterstützer, die sich über die sozialen Netzwerke im gesamten Land verständigen. Die Regierung in Kinshasa begegnet dieser neuen demokratischen Bewegung mit äußerster Härte und behandelt ihre Mitglieder als „Terroristen“.

### Rohstoffe, artisanaler Abbau und Regulierungen

In den momentan auf EU-Ebene diskutierten Gesetzesentwurf zum Handel mit mineralischen Rohstoffen aus Konfliktregionen wird von Seiten der im artisanalen Bergbau organisierten NGOs viel Hoffnung gesetzt. Begrüßt wird der Dialog mit der Zivilgesellschaft, um die Ausarbeitung und möglichen Folgen einer Gesetzgebung für den Sektor nachhaltig und gerecht zu gestalten. Dies wurde bei der Einführung des amerikanischen Dodd-Frank Act 1502 vermisst. In der Diskussion, ob eine solche Gesetzgebung verpflichtend oder freiwillig ausgestaltet sein soll, sprechen sich viele für verpflichtende Regulierungen aus. So erhoffen sich die Akteure

auch mehr Druck auf die kongolesische Regierung, für sichere und bessere Abbaubedingun- gen zu sorgen sowie die kongolesische Gesetzgebung, den sogenannten Code Minier zu re- formieren und anzuwenden. Positiv hervorgehoben wurde, dass der kongolesische Staat durch internationale Gesetzgebungen stärker unter Handlungsdruck gerät, die Region zu entmilitarisieren und die Voraussetzungen für einen legalen, internationalen Normen ent- sprechenden Handel mit mineralischen Rohstoffen zu schaffen. Dazu gehört vor allem, die Handelsketten zu verkürzen und die Profitschleifen über mafiöse Netzwerke und militärische Gruppierungen aus dem Mineralienhandel zu verbannen. International gelangte die Konflikt- lage in der Region in die Öffentlichkeit und neben den Milizgruppen geraten weitere Gewalt- akteure wie die staatliche Armee und korrupte Politiker in den öffentlichen Fokus. Diese sind, wie diverse Milizen, in den Handel mit den mineralischen Rohstoffen involviert. Gleich- zeitig fordern viele auch den Aufbau alternativer Einkommensquellen neben der Landwirt- schaft und dem Bergbau.

Transparente Lieferketten und Rückverfolgbarkeit sind für die mineralischen Erze Coltan, Zinn und Wolfram möglich. In einigen der Abbaugelände sind kleinere Erfolge zu verzeichnen. Ein Teil der artisanalen Schürfer hat durch zertifizierte Minen Marktzugang bekommen. Das zertifizierte Material hat zwar einen höheren Marktpreis als unsertifizierte Mineralien, dafür steigt die internationale Nachfrage nach zertifiziertem Material. Ein zentrales Element der Zertifizierung ist die Bewertung der jeweiligen Mine dahingehend, ob der Besitzer oder di- rekte Aufkäufer sowie die Infrastruktur im Umfeld durch bewaffnete Milizen oder durch illegalen Druck der staatlichen Sicherheitskräfte beeinflusst sind. Für diese Risikoanalyse ist es unabdingbar, die lokale Zivilgesellschaft und deren Expertise einzubinden, da nur die Be- troffenen vor Ort Auskunft geben können, ob sie von illegalen Händlern oder Militärs be- drängt werden. Dieser Faktor muss bei einer EU-Gesetzgebung zusammen mit begleitenden EZ-Maßnahmen berücksichtigt werden.

Problematisch ist der Handel mit Gold. Circa 98 % des Goldhandels verläuft immer noch über den illegalen Weg und bringt keinerlei Steuereinnahmen für die Region. Um dem illegalen Handel und den wirtschaftlichen Interessen der Nachbarländer Einhalt zu gebieten, wäre eine gemeinsame Wirtschaftszone notwendig. Die Exportsteuer der DR Kongo sollte bspw. an den niedrigeren Steuersatz Ruandas angepasst werden. Bislang fehlt der politische Wille sowohl seitens der kongolesischen Regierung als auch der Nachbarstaaten, den florierenden illegalen Handel einzudämmen und wichtige Reformen und Sicherheitsstrukturen zu imple- mentieren. Seit mehreren Jahren sind die offiziellen Exportzahlen mineralischer Rohstoffe in der DR Kongo rückläufig, in Ruanda soll allerdings, laut des Wirtschaftsmagazins Economist im Jahr 2014, Coltan im Wert von über 100 Mio. US\$ als Exportprodukt umgesetzt worden sein.

Die fortschreitende Gründung von Kooperativen ist ein weiterer Schritt, die Formalisierung und Handlungsfähigkeit der Kleinschürfer voranzutreiben. Ziel der Kooperativen ist es, die Kleinschürfer rechtlich und politisch zu stärken, die Abhängigkeit von Zwischenhändlern und mafiösen Strukturen einzuschränken sowie einen Teil der Erlöse aus dem Bergbau in die re- gionale Entwicklung zu investieren. Es werden allerdings noch viele weitere Investitionen und langfristiges politisches Engagement benötigt, um eine gerechte und flächendeckende Teilhabe für die Mehrheit der Kleinschürfer zu ermöglichen.